

DELEGIERTEN- VERSAMMLUNG

SP BASELLAND

SAMSTAG, 20. JUNI 2026

Saal katholische Kirche

Margarethenstrasse 32, 4102 Binningen

Beginn: 14.00 Uhr

3. Traktanden

1. Grusswort

Caroline Rietschi, Gemeindepräsidentin Binningen

2. Begrüssung

Tania Cucè, Präsidentin SP Baselland

3. Traktandenliste, Wahl der Stimmenzählende, Geschäftsordnung, Genehmigung des Protokolls der GDV vom 21.03.2026

4. Landratsbericht

5. Parolen für die Abstimmungen vom 27. September 2026

Kantonale Vorlagen

- a) Initiative «Fairer Kompromiss bei der Mehrwertabgabe»
Parolenantrag: Urs Kaufmann, Landrat

Eidgenössische Vorlagen

- a) Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»
Parolenantrag: Lars Trachsler, Vizepräsident SP Baselland
- b) Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»
Parolenantrag: Simone Fluri, Landrätin und Vizepräsidentin SP Baselland

6. Wahlplattform SP Baselland

7. Diverses

3. Geschäftsordnung

Die Geschäftsleitung (GL) erlässt im nachfolgenden die Geschäftsordnung gemäss Art 27 Abs. 6 der Statuten der SP Baselland.

Art. 1 Abstimmungsverfahren

Abstimmungen im Saal werden gem. Statuten Art. 44 Absatz 1 mit offenem Handmehr mit Stichentscheid des/der Vorsitzenden vorgenommen.

Art. 2 Ordnungsanträge

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Sie werden von der antragsstellenden Person kurz begründet. Nach der Stellungnahme der Versammlungsleitung wird unmittelbar abgestimmt.

Art. 3 Diskussionsordnung Wahlplattform

1. Sämtliche Bestandteile des Entwurfs zu denen keine Anträge eingegangen sind, gelten als angenommen. Es können dazu keine neuen Anträge mehr eingereicht werden.
2. Über Anträge, die
 - a. von der GL zur Annahme empfohlen werden
 - oder die
 - b. von der GL zur modifizierten Annahme empfohlen werden und deren ursprünglichen Fassung von den Antragsstellenden zugunsten der modifizierten Variante zurückgezogen wurde,wird kapitelweise in globo abgestimmt, sofern ihre Annahme nicht von einem anderen Antrag abhängig ist und kein Einspruch mittels Wortmeldung erhoben wird.
3. Die Antragsstellenden erhalten die Möglichkeit, ihre Anträge zu begründen. Wird ein Antrag diskutiert, erhält die Geschäftsleitung vor der Abstimmung das Schlussvotum.

Art. 4 Beschlussprotokoll

Es wird ein Beschlussprotokoll geführt.

6. Wahlplattform

Anträge zuhanden der Delegiertenversammlung vom 20. Juni 2026

Zusammenfassung und Vorgehensweise zur Behandlung der eingegangenen Anträge

Die Wahlplattform wurde vom Wahlkampf Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und der Landratsfraktion erarbeitet. Sie wurde allen Delegierten der SP Baselland zugestellt. Sektionen, Gruppierungen und Mitglieder wurden eingeladen, das Papier zu diskutieren und bis zum 7. Juni 2026 Anträge zuhanden der Delegiertenversammlung vom 20. Juni 2026 an die Geschäftsleitung einzureichen.

Insgesamt sind 67 Anträge eingegangen. Die Geschäftsleitung hat diese behandelt und empfiehlt 22 zur Annahme, 25 zur modifizierten Annahme und 18 zur Ablehnung. 2 Anträge wurden zurückgezogen. Die Geschäftsleitung dankt allen Antragsstellenden.

An der Delegiertenversammlung können die Antragsstellenden ihre Anträge (sofern gewünscht) einzeln begründen. Nach der Diskussion und der Stellungnahme der Geschäftsleitung folgt die Abstimmung. Weitere Bestimmungen zur Organisation der Diskussion finden sich in der vorgeschlagenen Geschäftsordnung.

Die Anträge sind nachfolgend entsprechend der Kapitelreihenfolge gegliedert. Wurde eine Ergänzung beantragt, so ist der zu ergänzende Teil jeweils **fett**. Wurde eine Streichung beantragt, so ist ~~der zu streichende Teil jeweils durchgestrichen~~. Wurden Änderungen beantragt, so wurde ~~der zu ersetzende Teil durchgestrichen~~ und **der einzufügende Teil fett**.

Inhalt

0. Anträge Allgemein	4
0_A1: JUSO	4
1. Anträge Einleitung	4
1_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube	4
1_A2: SP 60+	4
1_A3: JUSO	5
1_A4: JUSO	5
1_A5: JUSO	5
2. Anträge Kapitel Kaufkraft	6
2_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube	6
2_A2: JUSO	6
2_A3: JUSO	6
2_A4: JUSO	7
2_A5: JUSO	7
2_A6: JUSO	8
2_A7: Florian Schreier	8
3. Anträge Kapitel Gleichstellung	8
3_A1: JUSO	8
3_A2: JUSO	9
3_A3: JUSO	9
3_A4: SP 60+	9
3_A5: JUSO	10
3_A6: JUSO	10
3_A7: JUSO	11
3_A8: JUSO	11
3_A9: JUSO	12
4. Anträge Kapitel Klima	12
4_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube	12
4_A2: JUSO	12
4_A3: SP 60+	13
4_A4: Florian Schreier	13
4_A5: JUSO	13
4_A6: Florian Schreier	14
4_A7: Annemarie Spinnler und Roli Laube	14
5. Anträge Kapitel Armut	15
5_A1: JUSO	15
5_A2: SP Sissach und Umgebung	15

5_A3: SP 60+	15
5_A4: SP Sissach und Umgebung.....	16
5_A5: SP Sissach und Umgebung.....	16
5_A6: Bernhard Bonjour	16
5_A7: Bernhard Bonjour	17
5_A8: Annemarie Spinnler und Roli Laube.....	18
5_A9: SP Sissach und Umgebung.....	18
5_A10: SP Sissach und Umgebung	19
5_A11: JUSO.....	19
5_A12: JUSO und 5_A13 SP 60+	20
5_A14: SP 60+	20
5_A15: Annemarie Spinnler und Roli Laube.....	20
5_A16: JUSO.....	21
5_A17: JUSO.....	21
6. Anträge Kapitel Zusammenarbeit	22
6_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube.....	22
6_A2: JUSO	22
6_A3: JUSO	22
6_A4: JUSO	23
6_A5: JUSO	23
6_A6: Roman Brunner.....	24
7. Anträge Kapitel Service Public	24
7_A1: SP 60+	24
7_A2: JUSO	24
7_A3: Florian Schreier	25
7_A4: Annemarie Spinnler und Roli Laube.....	25
7_A5: Annemarie Spinnler und Roli Laube.....	26
7_A6: JUSO	26
7_A7: Bernhard Bonjour	27
7_A8: JUSO	27
7_A9: Nelly Dambach	28
7_A10: JUSO.....	28
7_A11: Florian Schreier	29
7_A12: SP 60+	29
7_A13: JUSO.....	29
7_A14: JUSO.....	30
7_A15: SP 60+.....	30

0. Anträge Allgemein

0_A1: JUSO – zurückgezogen

1. Anträge Einleitung

1_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube

Ergänzung: Seite 2, Zeile 1

Empfehlung der Geschäftsleitung

Die SP ergreift Partei für ein soziales **und ökologisches** Baselbiet

Ablehnen

Begründung: Im Text wird der Klimaschutz richtigerweise erwähnt. Die Ökologie gehört aber unbedingt auch in den Titel!

Begründung: Das ist der Slogan, der sich durch den gesamten Wahlkampf zieht und bereits bei den Nationalratswahlen 2023 verwendet wurde (soziale Schweiz). Ein soziales Baselbiet muss immer auch ökologisch gerecht sein. Somit schliesst der Slogan auch ökologische Anliegen ein.

1_A2: SP 60+

Ergänzung: Seite 2, Zeile 5

Empfehlung der Geschäftsleitung

Sozialleistungen werden gestrichen. **Pflege- und Betreuungskosten für Betagte steigen.** Beim Klimaschutz geht es nicht vorwärts.

Ablehnen

Begründung: keine

Begründung: Der erste Absatz der Einleitung dreht sich um unsere 3 Kernthemen: Kaufkraft, Gleichstellung, Klima.

1_A3: JUSO	
Änderung: Seite 2, Zeile 9	Empfehlung der Geschäftsleitung
Anstatt die Mehrheit breite Bevölkerung zu entlasten, wird das nächste Steuergeschenk an die Reichsten gemacht. Begründung: Ist verwirrend gerade mit der Erwähnung der bürgerlichen Mehrheit im Satz davor. Ausserdem machen wir Politik für die 99%, das ist weit mehr als die "Mehrheit", sondern die breite Bevölkerung.	Annehmen

1_A4: JUSO	
Änderung: Seite 2, Zeile 10	Empfehlung der Geschäftsleitung
Anstatt die Mehrheit zu entlasten, wird das nächste Steuergeschenk werden Steuergeschenke an die Reichsten gemacht. Begründung: Finden die ursprüngliche Formulierung etwas seltsam	Annehmen

1_A5: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 2, Zeile 13, Zeile 19	Empfehlung der Geschäftsleitung
Ergänzen Zeile 13: Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen werden von den Bürgerlichen alleine gelassen. Migrant:innen werden zum Sündenbock für alle Probleme gemacht. Ergänzen Zeile 19, vor dem letzten Satz: Alle sollen ein erfülltes Leben führen können, ob mit oder ohne Behinderung, egal welches Geschlecht, welche Herkunft oder Sexualität. Begründung: Dass diese Einleitung auf wirtschaftliche Themen fokussiert, finden wir gut, aber es ist trotzdem wichtig, dass die Analyse nicht zu vereinfacht gemacht wird. Deshalb möchten wir in der Einleitung	Annehmen Begründung: sh. Antrag.

Ergänzung, dass die SP sich für die ganze Diversität der Arbeiter*innenklasse stark macht.	
--	--

2. Anträge Kapitel Kaufkraft

2_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube - zurückgezogen
--

2_A2: JUSO	
Ersetzen: Seite 4, Zeile 4	Empfehlung der Geschäftsleitung
Es braucht Entlastung für den Mittelstand alle Arbeiter:innen statt Steuergeschenke an die Reichsten. Begründung: Wir wollen nicht nur den Mittelstand, sondern alle Arbeiter*innen entlasten. Ausserdem ist der Begriff „Mittelstand“ wissenschaftlich und politisch nicht sinnvoll nutzbar.	Modifiziert Annehmen: Es braucht Entlastung für den Mittelstand die breite Bevölkerung statt Steuergeschenke an die Reichsten. Begründung: Es braucht Entlastung für die breite Bevölkerung, nicht nur für Arbeiter:innen.

2_A3: JUSO	
Streichung: Seite 4, Zeile 14	Empfehlung der Geschäftsleitung
dass alle Menschen ein Recht auf bezahlbare Mieten haben und bei Bedarf mit kantonal einheitlichen Mietzinsbeiträgen unterstützt werden. Begründung: Ein Recht auf „bezahlbare Mieten“ bleibt ein unkonkreter Gummibegriff, da die Definition von Bezahlbarkeit völlig unklar ist. Mietzinsbeiträge lehnen wir ab, da sie im aktuellen System eine verdeckte Subventionierung von Immobilienkonzernen durch Steuergelder darstellen. Statt private Gewinne quersubventionieren, fordern wir im nächsten Punkt die konsequente Durchsetzung der Kostenmiete.	Ablehnen Begründung: Im aktuellen System brauchen wir Mietzinsbeiträge, weil den Immobilienkonzernen die Immobilien gehören. In der Wahlplattform gibt es auch Forderungen für die Förderung von gemeinnützigem Wohnraum, die langfristig den Bedarf an Mietzinsbeiträgen reduzieren.

2_A4: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Ersetzen: Seite 4, Zeile 16	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine konsequente Bekämpfung überhöhter Mieten. Mietpreise sollen regelmässig überprüft werden.</p> <p>die Durchsetzung der Kostenmiete und eine Bekämpfung überhöhter Mieten. Mietpreise müssen regelmässig überprüft werden, Verstösse müssen Konsequenzen haben.</p> <p>Begründung: da wir das bezahlbar Mieten (Antrag 2_A3) streichen wollen, wollen wir es durch Kostenmiete ersetzen. Und Prüfungen reichen nicht, es muss Folgen haben.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

2_A5: JUSO	
Streichen: Seite 4, Zeile 21	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine gerechte Erbschaftssteuer bei besonders hohen Erbschaften. Damit schaffen wir Handlungsspielraum zur Entlastung von mit tiefen und mittleren Einkommen.</p> <p>Begründung: Was soll eine "gerechte" Steuer sein? Bei Erbschaften wäre ja eine Steuer von 100% gerecht. Wir glaube nicht, dass das damit gemeint war.</p>	<p>Annehmen</p>

2_A6: JUSO	
Ergänzung: Seite 4, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>die Entprivatisierung von Wohnraum. Damit alle Menschen Zugang zu Wohnraum haben, aus dem kein Profit gemacht wird.</p> <p>Begründung: Dieser Entzug aus dem profitorientierten Markt stellt sicher, dass Wohnen schlussendlich für alle Menschen als garantiertes Grundrecht und nicht als Spekulationsobjekt zugänglich ist.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Die GL empfiehlt die Ablehnung zu Gunsten des folgenden Antrags. Dieser fordert eine aktive Bodenpolitik als Grundlage für öffentlichen Wohnraum.</p>

2_A7: Florian Schreier – modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 4, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine aktive Bodenpolitik des Kantons und der Gemeinden. der Kanton und die Gemeinden kaufen aktiv Boden für die Bereitstellung von bezahlbaren Wohnraum.</p> <p>Begründung: Die Forderungen nach Bekämpfung überhöhter Mieten und für gemeinnützigen Wohnraum sind sehr wichtig. Eine aktive Bodenpolitik in diesem Sinne schafft buchstäblich die Grundlage dafür.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

3. Anträge Kapitel Gleichstellung

3_A1: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Streichung: Seite 6, Zeile 5	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>Frauen bleiben häufiger zuhause zuhause und - mit gravierenden Folgen für ihre Löhne und Renten.</p> <p>Begründung: Einfacher zu lesen/ verständlicher. Anmerkung GL: Hier handelt es sich um einen Tippfehler.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

3_A2: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 6, Zeile 12	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>bezahlbare gebührenfreie Kitaplätze im ganzen Baselbiet sowie gute Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung.</p> <p>Begründung: Wir können und sollten mehr als nur “bezahlbar” fordern. Und “bezahlbar” kann viel heissen...</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

3_A3: JUSO	
Änderung: Seite 6, Zeile 14	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine echte vollständig entschädigte Elternzeit für alle Eltern. Damit stärken wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sorgen für eine gerechtere Verteilung der Care-Arbeit.</p> <p>Begründung: Was eine “echte” Elternzeit sein soll ist zu unklar, deshalb ist es sinnvoller etwas konkreteres wie eine vollständig entschädigte Elternzeit zu fordern.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Der Zusatz «für alle Eltern» ist redundant. Mit «echt» ist auch eine genügend lange Elternzeit gemeint.</p>

3_A4: SP 60+	
Ergänzung: Seite 6, Zeile 17	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>genügend Schutzplätze für Frauen und Kinder im ganzen Kanton. Gewalt gegen Frauen, Betagte und genderqueere Menschen muss entschlossen bekämpft werden, und die Prävention muss massiv ausgebaut werden.</p> <p>Begründung: keine</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Gewalt gegen Betagte ist unbestritten ein Problem. Die Ergänzung ist aber in dieser Forderung im Kapitel Gleichstellung deplatziert.</p>

3_A5: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 6, Zeile 21	Empfehlung der Geschäftsleitung
den Ausbau der schulergänzenden Betreuung. Jedes Kind soll kostenlosen Zugang zu einem Mittagstisch sowie zu Betreuung vor und nach dem Unterricht haben. Begründung: Ein Mittagstisch sowie Betreuung bringen wenig wenn Mensch es sich nicht leisten kann.	Annehmen Begründung: sh. Antrag

3_A6: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 6, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
den massiven Ausbau der Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt und Hate Crimes. Es braucht eine stärkere Förderung der Täter:innenarbeit sowie umfassende Aufklärung zu queeren Themen. Begründung: Präventionsarbeit steht zunehmend unter politischem Druck und verdient deshalb einen eigenen Schwerpunkt beim Thema Gleichstellung. Gleichzeitig nehmen Hate Crimes auch in der Schweiz zu, weshalb ihre Bekämpfung ausdrücklich berücksichtigt werden sollte. Darüber hinaus ist die Täterinnenarbeit ein zentraler Bestandteil der Gewaltprävention und der Resozialisierung von Täterinnen. Die Aufklärung über queere Themen kann zudem Vorurteilen entgegenwirken und damit einen Beitrag zur Prävention von Diskriminierung und Gewalt leisten.	Annehmen Begründung: sh. Antrag

3_A7: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 6, Zeile 16	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>genügend Schutzplätze für Frauen und Kinder im ganzen Kanton. Gewalt gegen Frauen und genderqueere Menschen muss entschlossen bekämpft werden, und die Prävention muss massiv ausgebaut werden.</p> <p>mehr Schutzplätze, Notunterkünfte sowie Beratungsstellen im ganzen Kanton für Frauen, Kinder und genderqueere Menschen.</p> <p>Begründung: Wir erachten es als wichtig Prävention zu einem extra Punkt zu machen. Ausserdem wäre auch ein Ausbau von Notunterkünften und Beratungsstellen sinnvoll.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

3_A8: JUSO	
Ergänzung: Seite 6, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine gesetzliche Definition von Feminizid und dessen statistische Erfassung.</p> <p>Begründung: Wichtig weil wir Feminizide endlich beim Namen nennen und strukturell bekämpfen müssen.</p>	<p>Modifiziert Annehmen: eine gesetzliche Definition von Femizid und dessen statistische Erfassung.</p> <p>Begründung: Femizid ist der geläufigere Begriff. Mit dem massiven Ausbau der Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt begegnen wir der strukturellen Gewalt bereits. Ausserdem ist es schwierig die strukturelle Gewalt statistisch zu erfassen.</p>

3_A9: JUSO	
Ergänzung: Seite 6, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>einen ganzheitlichen Sexualkundeunterricht, der Prävention gegen sexualisierte Gewalt und Aufklärung über Vielfalt ins Zentrum stellt.</p> <p>Begründung: Schutzplätze sind nach einer Gewalttat essentiell. Gleichzeitig müssen wir aber auch präventiv arbeiten: Die Initiative der JUSO bietet da einen langfristigen, ganzheitlichen Ansatz, der auch seinen Platz in der Wahlplattform haben soll. Deshalb soll hier eine Forderung dazu ergänzt werden.</p>	<p>Annehmen</p>

4. Anträge Kapitel Klima

4_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 8, Zeile 5	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>Ausbauprojekte für erneuerbare Energien sind entweder ganz fehlangezeigt fehlen oder werden durch Bürokratie erschwert.</p> <p>Begründung: Redaktionelle Überarbeitung.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag.</p>

4_A2: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 8, Zeile 10	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>den Ausbau der Solarenergie und den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme Energien, beispielsweise bei Heizsystemen. Damit schaffen wir Arbeitsplätze und sichern eine Energieversorgung, die unabhängig von Autokraten ist.</p> <p>Begründung: Wir wollen ein Umstieg auf erneuerbare Energien generell nicht nur bei Heizsystemen.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

4_A3: SP 60+	
Änderung: Seite 8, Zeile 10	Empfehlung der Geschäftsleitung
den Ausbau der Solarenergie und den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme. Damit schaffen wir Arbeitsplätze und sichern eine möglichst unabhängige Energieversorgung. die unabhängig von Autokraten ist. Begründung: keine	Ablehnen Begründung: Die GL will an der ursprünglichen Formulierung festhalten.

4_A4: Florian Schreier – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 8, Zeile 23	Empfehlung der Geschäftsleitung
den Ausbau von Velorouten und Ladestationen in Mehrfamilienhäusern. Damit fördern wir die erneuerbare Mobilität. die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsarten durch den Ausbau der Velorouten und Ladestationen in Mietshäusern. Kurze Wege müssen priorisiert werden. Begründung: Die Beispiele sind gut, noch wirksamer sind aber kurze Wege, die erst die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsarten ermöglichen.	Annehmen Begründung: sh. Begründung Antrag.

4_A5: JUSO	
Ergänzung: Seite 8, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
eine soziale Abfederung der Klimaschutzmassnahmen. Klimaschutz darf nicht auf Kosten der finanziell Schwächeren vollzogen werden. Begründung: Wichtige Forderung welche auch finanziell Schwächere abholt bei Klimaschutz dabei zu sein und die Klimaschutzmassnahmen sozial gerecht umsetzt.	Annehmen

4_A6: Florian Schreier – modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 8, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>die konsequente Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und den dafür notwendigen Strukturwandel</p> <p>Begründung: Das Ziel muss klar im Fokus bleiben: Die Klimaerwärmung muss bei deutlich unter 2 °C gestoppt werden.</p> <p>Siehe Art. 2 Abs. 1 lit. a Übereinkommen von Paris: «der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, da erkannt wurde, dass dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde;»</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Begründung Antrag.</p>

4_A7: Annemarie Spinnler und Roli Laube	
Ergänzung: Seite 8, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine ökologische Vorbildfunktion des Kantons bei allen seinen Bauten und Anschaffungen.</p> <p>Begründung: Der Kanton muss als gutes Vorbild vorangehen, wenn von den Bewohner/innen mehr Ökologie gefordert wird.</p>	<p>Annehmen</p>

5. Anträge Kapitel Armut

5_A1: JUSO	
Änderung: Seite 10, Zeile 2	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>Für ein starkes soziales Netz: Für soziale Sicherheit.</p> <p>Begründung: Ein starkes soziales Netz "fängt Menschen auf", die zu "schwach" sind, um sich selber das Leben zu finanzieren. Diese Sicht auf Armut unterstützen wir nicht, weil Armut ein systemisches und kein individuelles Problem ist. Die Formulierung "soziale Sicherheit" ist positiver und beschreibt klarer, wofür wir uns einsetzen.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Die GL versteht nicht, wie der Begriff «Soziales Netz» impliziert, dass Armut ein individuelles Problem ist.</p>
5_A2: SP Sissach und Umgebung	
Ergänzung: Seite 10, Zeile 4	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>Frauen, Personen die Care Arbeit leisten und Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders betroffen.</p> <p>Begründung: keine</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Ablehnen zugunsten des Antrags 5_A3. Für die Wahlplattform bietet es sich an, konkrete und gut verständliche Beispielen zu nennen.</p>
5_A3: SP 60+	
Ergänzung: Seite 10, Zeile 4	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>Frauen, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders betroffen.</p> <p>Begründung: keine</p>	<p>Annehmen</p>

5_A4: SP Sissach und Umgebung	
Ergänzung: Seite 10, Zeile 5	Empfehlung der Geschäftsleitung
Jedes siebte Kind wächst in armutsgefährdeten Familien auf einer armutsgefährdeten Familie auf. Kinder aus diesen Familien haben oft nicht die gleichen Möglichkeiten für Ausbildung und Aufbau eines Netzwerkes, weshalb sich die Armut oft weitervererbt.	Annehmen
Begründung: keine	

5_A5: SP Sissach und Umgebung	
Redaktioneller Antrag: Seite 10, Zeile 5	Empfehlung der Geschäftsleitung
Jedes siebte Kind wächst in armutsgefährdeten Familien auf einer armutsgefährdeten Familie auf.	Annehmen , falls 5_A4 abgelehnt wird, ansonsten überflüssig.
Begründung: keine	

5_A6: Bernhard Bonjour	
Streichung und zusätzliche Forderung: Seite 10, Zeile 11	Empfehlung der Geschäftsleitung
ein gutes Bildungssystem mit kleinen Klassen, qualifizierten Lehrpersonen und genügend Ressourcen. Jedes Kind soll sein Potenzial entfalten können.	Modifiziert annehmen, ursprüngliche Forderung beibehalten und um 1 Satz ergänzen:
ein gutes Bildungssystem, in dem jedes Kind sein Potenzial entfalten kann. Das Ziel ist eine inklusive Schule, die nicht auf Konkurrenz, Wettbewerb und Noten als Ranglisten setzt. Keine Beteiligung mehr an den nordwestschweizerischen Checks. Keine Schüler:innen-Beurteilung durch KI-Systeme.	ein gutes Bildungssystem mit kleinen Klassen, qualifizierten Lehrpersonen und genügend Ressourcen. Das Ziel ist eine inklusive Schule, die nicht auf Konkurrenz setzt. Jedes Kind soll sein Potenzial entfalten können.
	Begründung: Im heutigen Bildungssystem, das Kinder dermassen früh stratifiziert, darf die Versetzung des Kindes nicht zu stark von der Beurteilung durch einzelne Lehrpersonen abhängen. Noten sorgen auch für Gerechtigkeit, insbesondere für Kinder, die systematisch zu schlecht gesehen werden, beispielsweise solche mit Migrationshintergrund. Die

<p>Begründung: Jedes Kind – übrigens auch jede:r Jugendliche – soll sein Potenzial entfalten können, ist wichtig. Aber wir sollten ehrlicherweise auch sagen, was das heisst.</p> <p>Das jetzige Notensystem und erst recht die Vergleichsprüfungen wie z.B. die Checks sind gut für die Förderung einer Elite (und also der Reproduktion der Klassengesellschaft) und Gift für die Entfaltung aller anderen, vor allem der zahlreichen und immer zahlreicher werdenden Schüler:innen, die mit irgendwelchen Belastungen (nicht-bildungsnahe Familie, belastete Familien, körperliche und psychische Auffälligkeiten, kognitive Einschränkungen, Traumatisierte, Mobbing-Betroffene etc.) leben müssen.</p> <p>Die ganzen schönen Sprüche, dass man in den Schulen den gegenseitigen Respekt und die Rücksichtnahme auf Mensch und Mitwelt fördern soll, sind vergeblich, solange der Wettbewerb und das Ranking für alle Entscheide ausschlaggebend sind. Man produziert so, wie der Schulalltag und die sozialen Medien zeigen, Mobbing und Fortschreibung der sozialen Benachteiligungen. Die Daten, welche unsere Schüler:innen in den Checks dem Bildungsinstitut, das die Checks durchführt, geliefert haben, hat dieses Institut dafür verwendet, Programme zu entwickeln und jetzt den Lehrpersonen anzubieten, die z.B. Schüler:innen-Aufsätze durch KI beurteilen und kommentieren. Das ist vielleicht bequem für die Lehrer:innen, aber es bedeutet eine Selbstdegradierung dieses Berufs.</p>	<p>Forderungen nach ausgesetzten Checks und keiner Schüler:innenbeurteilung durch KI gehen im Kontext dieser Wahlplattform stark ins Detail.</p>
---	--

<p>5_A7: Bernhard Bonjour</p>	
<p>Änderung: Seite 10, Zeile 11</p>	<p>Empfehlung der Geschäftsleitung</p>
<p>ein gutes Bildungssystem mit kleinen Klassen, qualifizierten Lehrpersonen und genügend Ressourcen. und Entfaltungsmöglichkeiten für die pädagogischen Teams. Jedes Kind soll sein Potenzial entfalten können.</p> <p>Begründung: Es kann nicht das Anliegen der SP sein, statt Qualität Qualifikationen zu verlangen (erst recht nicht, wenn man an die aktuelle Lehrerbildung denkt). Lehrpersonen müssen gut sein, und gut werden sie, wenn sie im Team arbeiten und wenn sie genügend Freiraum erhalten</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Qualifikationen garantieren keine Qualität, sind aber ein wichtiger Indikator. Qualifikationen sind auch wichtige Voraussetzungen für gerechte Entlohnung. Genügend Ressourcen sind wichtig.</p>

<p>(z.B. Zeit für pädagogische Fachrunden und Teamteaching). Wie sollen sich Kinder und Jugendliche entfalten können, wenn das nicht auch Lehrpersonen zugestanden wird?</p> <p>2. Wir Sozialdemokrat:innen müssen der aktuellen Tendenz im Baselbieter Bildungswesen entgegentreten, nämlich dass von oben nach unten bestimmt wird, was in den Schulen läuft, und dass die Lehrpersonen gefälligst ausführen, was die "Bildungsverantwortlichen" in der Direktion und in der PH entschieden haben. Deshalb müssen wir von pädagogischen Teams sprechen und Freiraum für sie zurückgewinnen.</p>	
---	--

<p>5_A8: Annemarie Spinnler und Roli Laube</p>	
<p>Streichung: Seite 10, Zeile 11</p>	<p>Empfehlung der Geschäftsleitung</p>
<p>ein gutes Bildungssystem mit kleinen Klassen, qualifizierten Lehrpersonen und genügend Ressourcen. Jedes Kind soll sein Potenzial entfalten können.</p> <p>Begründung: Was ist mit «kleinen Klassen» gemeint? => Falls keine klaren Vorstellungen (Schüleranzahl je Klasse) bestehen: weglassen! Werden die heutigen Klassengrößen als zu hoch erachtet? Falls ja, wäre dies klar zu sagen und eine Zielsetzung vorzugeben. Sonst sollte der missverständliche Zusatz «mit kleinen Klassen» weggelassen werden.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Schüleranzahl je Klasse wäre eine sehr detaillierte Grösse für die Wahlplattform. Die GL möchte an der Formulierung «klein» festhalten.</p>

<p>5_A9: SP Sissach und Umgebung</p>	
<p>Ergänzung: Seite 10, Zeile 16</p>	<p>Empfehlung der Geschäftsleitung</p>
<p>die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen. Sie schützen vor Familienarmut und verhindern, dass Familien auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dies entlastet die finanziellen Mittel der Gemeinden. Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen.</p> <p>Begründung: keine</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Die GL ist einverstanden, dass es die finanziellen Mittel der Gemeinden entlastet. Allerdings gehört dieses Argument nicht in dieses Kapitel.</p>

5_A10: SP Sissach und Umgebung	
Änderung: Seite 10, Zeile 17	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>den Verzicht auf Kürzungen bei der Sozialhilfe. Sie ist das Sicherheitsnetz in Notlagen und muss existenzsichernd sein. Zudem darf Sozialhilfebezug nicht zu einer Ausschaffung führen.</p> <p>den Verzicht auf Kürzungen in der Sozialhilfe, insbesondere bei Familien mit Kindern. Die Sozialhilfe ist das letzte Sicherheitsnetz in Notlagen und basiert auf dem Grundrecht der Hilfe in Notlagen. Zudem finanziert sie die soziale Integration, was besonders für Kinder wichtig ist. Zudem darf der Sozialhilfebezug nicht zu einer Ausschaffung führen.</p> <p>Begründung: keine</p>	<p>Modifiziert Annehmen: den Verzicht auf Kürzungen bei der Sozialhilfe. Sie ist das Sicherheitsnetz in Notlagen und muss existenzsichernd sein. Zudem darf Sozialhilfebezug nicht zu einer Ausschaffung führen. Zudem finanziert sie die soziale Integration, was besonders für Kinder wichtig ist.</p> <p>Begründung: Wir wollen den Verzicht auf sämtliche Kürzungen bei der Sozialhilfe, nicht «nur» bei Familien. Die Ergänzungen im zweiten Satz gehen zu fest ins Detail. Die Ergänzung zur sozialen Integration wird angenommen. Der letzte Satz wird gestrichen, zugunsten des Antrags 5_A11.</p>

5_A11: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung und neue Forderung: Seite 10, Zeile 18	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>den Verzicht auf Kürzungen bei der Sozialhilfe. Sie ist das Sicherheitsnetz in Notlagen und muss existenzsichernd sein. Zudem darf Sozialhilfebezug nicht zu einer Ausschaffung führen.</p> <p>dass Sozialhilfebezug nicht zu einer Ausschaffung führen kann. Armut ist kein Verbrechen.</p> <p>Begründung: Der Satz hat wenig mit dem eigentlichen Punkt zu tun. Die Thematik der Ausschaffung in Bezug auf Sozialhilfebezug hat ihre eigene Forderung verdient, da sie wichtig und relevant ist.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

5_A12: JUSO und 5_A13 SP 60+	
Änderung: Seite 10, Zeile 22	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>die Schaffung von Notschlafstellen einer Notschlafstelle, die obdachlosen Menschen aus dem Baselbiet eine sichere Übernachtungsmöglichkeit bietet.</p> <p>Begründung: Das Baselbiet ist sehr gross und unförmig, eine einzelne Notschlafstelle kann nicht den ganzen Kanton abdecken. Im Idealfall gäbe es mehrere!</p>	Annehmen

5_A14: SP 60+	
Änderung: Seite 10, Zeile 28	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>dass Menschen mit Anspruch auf Sozialleistungen automatisch darüber informiert und bei der Geltendmachung unterstützt werden.</p> <p>Begründung: keine</p>	Annehmen

5_A15: Annemarie Spinnler und Roli Laube	
Änderung: Seite 10, Zeile 28	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>dass Menschen mit Anspruch auf Sozialleistungen automatisch über ihr Recht informiert werden. darüber informiert werden.</p> <p>Begründung: keine</p>	Annehmen

5_A16: JUSO	
Ergänzung: Seite 10, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>die Einführung einer gemeinsamen City-Card mit dem Kanton Basel-Stadt und die breite Regularisierung von Sans-Papiers. Sans-Papiers sollen ihr Recht auf Nothilfe, Versicherungen und Prämienverbilligungen tatsächlich in Anspruch nehmen können.</p> <p>Begründung: Bisher gibt es keine Inhalte oder Forderungen zu der Situation von Sans-Papiers. Es ist enorm wichtig, dass wir uns als SP für Sans-Papiers einsetzen und diese Platz in unserer Wahlplattform finden.</p>	<p>Modifiziert Annehmen: die Einführung einer gemeinsamen City-Card mit dem Kanton Basel-Stadt und die breite Regularisierung von Sans-Papiers.</p> <p>Begründung: Der erste Satz reicht aus.</p>

5_A17: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 10, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>die automatische Einbürgerung nach 5 Jahren Aufenthalt in Baselland und einen Schweizer Pass für alle in der Schweiz geborene Kinder. Das sorgt für soziale Sicherheit.</p> <p>Begründung: Es gibt bisher keine Inhaltlichen Forderungen zum Thema Migration. Ein vereinfachter und einheitlicher Einbürgerungsprozess entlastet sowohl die Migrant*innen, wie auch die Bürokratie.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

6. Anträge Kapitel Zusammenarbeit

6_A1: Annemarie Spinnler und Roli Laube	
Ergänzung: Seite 12, Zeile 4	Empfehlung der Geschäftsleitung
Als Grenzkanton sind wir auf gute Beziehungen zu unseren Nachbarkantonen und Europa angewiesen. Begründung: Begründung: Die Nachbarkantone sind unbedingt auch zu erwähnen!	Annehmen
6_A2: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 12, Zeile 9	Empfehlung der Geschäftsleitung
Das schwächt die Region, gefährdet Arbeitsplätze, erschwert den Zugang zur Bildung und gefährdet weitere Kooperationsprojekte. Begründung: Arbeitsplätze sind nicht das wichtige hier, der Zugang zu Bildung ist wichtiger.	Annehmen Begründung: sh. Antrag
6_A3: JUSO	
Änderung: Seite 12, Zeile 12	Empfehlung der Geschäftsleitung
den Erhalt Ausbau der Patient:innenfreizügigkeit. Die Regierung soll gemeinsam mit Basel-Stadt eine finanziell tragbare Lösung finden, damit alle ihr Spital frei wählen können. Begründung: Die Patient*innenfreizügigkeit soll nicht nur verteidigt, sondern auch ausgebaut werden, so dass diese zum Beispiel auch Psychiatrien, Geburtshäuser und Reha-Kliniken umfasst. Der Fokus sollte deshalb auch nicht nur auf dem Spital liegen.	Annehmen

6_A4: JUSO	
Änderung: Seite 12, Zeile 17	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine ausgebauten Uni-Partnerschaft. Tiefe Studiengebühren Die Abschaffung der Studiengebühren und gute Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für eine zugängliche und hochwertige Universität.</p> <p>Begründung: Wir müssen uns für die Abschaffung der Studiengebühren einsetzen nicht nur für tiefere Studiengebühren. Wir setzen uns damit für zugängliche Bildung für alle ein!</p>	Annehmen

6_A5: JUSO	
Änderung: Seite 12, Zeile 23	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine konsequente Zusammenarbeit mit unserer Region, den Nachbarländern und Europa, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern.</p> <p>dass der Kanton Baselland sich für offene Grenzen und eine Zusammenarbeit mit unserer Region und unseren Nachbarländern einsetzt, die die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung ins Zentrum stellt.</p> <p>Begründung: Wir wollen nicht nur eine Zusammenarbeit für die Wirtschaft, sondern für die Menschen.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Die GL möchte an der ursprünglichen Formulierung festhalten.</p>

6_A6: Roman Brunner	
Ergänzung: Seite 12, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
einen gemeinsamen Kanton Basel Begründung: Die Lebenswirklichkeiten der Menschen hören längst nicht mehr an den Gemeinde- und Kantonsgrenzen auf. Wir sind ein Lebens- und Wirtschaftsraum. Die politischen Strukturen halten mit der Entwicklung nicht mit und sind überholt. Ein gemeinsamer Kanton Basel (als Fusionsprojekt zwischen den Kantonen Baselstadt und Baselland) ist zeitgemäss, vereinfacht die Strukturen und macht die Realität der Menschen auch zu einer politischen Realität.	Ablehnen Begründung: Wir schaffen auf eine vertiefte Zusammenarbeit hin, aber in der unmittelbaren Zukunft ist das kein realistisches Vorhaben.

7. Anträge Kapitel Service Public

7_A1: SP 60+ - modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 14, Zeile 4	Empfehlung der Geschäftsleitung
Wir alle gehen oder gingen zur Schule und mussten vielleicht schon mal ins Spital. Wir alle werden älter. Begründung: Nicht nur Schüler:innen, auch alte Menschen brauchen einen guten Service public	Annehmen Begründung: sh. Antrag

7_A2: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 14, Zeile 6, S. 8, Zeile 7	Empfehlung der Geschäftsleitung
Ergänzung auf S. 8, Zeile 7, vor «Es braucht eine wirksame Klimapolitik»: Stattdessen wird an überdimensionierten und klimaschädlichen Strassenprojekten festgehalten. Änderung Seite 14, Zeile 6: Die bürgerliche Mehrheit treibt jedoch eine Abbaupolitik voran: Poststellen und SBB-Schalter werden geschlossen,	Annehmen Begründung: sh. Antrag

<p>ganze Buslinien abgeschafft, Dienstleistungen abgebaut und sogar Schulfächer in Frage gestellt.</p> <p>Sie hält an überdimensionierten und klimaschädlichen Strassenprojekten fest, schliesst Poststellen und SBB-Verkaufsstellen und baut Dienstleistungen im ganzen Kanton ab. Auch die Bildung ist betroffen, indem sogar Schulfächer infrage gestellt werden.</p> <p>Begründung: Die Strassenprojekte sind nicht Teil der Abbaupolitik.</p>	
---	--

<p>7_A3: Florian Schreier</p>	
<p>Änderung: Seite 14, Zeile 13</p>	<p>Empfehlung der Geschäftsleitung</p>
<p>dass der öffentliche Verkehr und das Velo im ganzen Baselbiet eine echte die bessere Alternative zum Auto sind.</p> <p>Begründung: Umweltfreundliche Verkehrsarten und nachhaltige Mobilität dürfen nicht nur «eine echte Alternative» sein, sondern müssen ins Zentrum fortschrittlicher Verkehrspolitik. Dazu gehört insbesondere auch der Abschied von autodominiertes Politik und Planung.</p>	<p>Annehmen</p>

<p>7_A4: Annemarie Spinnler und Roli Laube</p>	
<p>Redaktioneller Antrag: Seite 14, Zeile 13</p>	<p>Empfehlung der Geschäftsleitung</p>
<p>dass der öffentliche Verkehr und das Velo im ganzen Baselbiet eine echte Alternative zum Auto werden sind.</p> <p>Begründung: keine</p>	<p>Annehmen</p>

7_A5: Annemarie Spinner und Roli Laube	
Änderung: Seite 14, Zeile 13	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>einen dichten Takt im Busangebot auch im Oberbaselbiet sowie eine bessere Abstimmung auf die regionalen Umsteigebahnhöfe.</p> <p>Den dichten Takt im Oberbaselbiet beibehalten, aber eine bessere Abstimmung aller Buslinien auf die Zugverbindungen vornehmen.</p> <p>Begründung: Unseres Erachtens ist der Takt im Busangebot des Oberbaselbiets aktuell ausreichend bis sehr gut. Der Bus-Takt muss also nicht verbessert werden. Problematisch ist aber häufig die mangelhafte Abstimmung auf die Zugverbindungen.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Wir fordern mit der ursprünglichen Forderung keinen dichteren Takt.</p>

7_A6: JUSO	
Streichung: Seite 14, Zeile 17	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>Ein gratis U-Abo für Kinder, Jugendliche und Rentner:innen, sowie ein U-Abo zum Preis von 1 Franken pro Tag für alle anderen Baselbieter:innen.</p> <p>Begründung: Das U-Abo muss zugänglich sein für alle Baselbieter*innen. Günstiger ÖV fördert klimafreundliches Reisen und den Zusammenhalt in der Region. Ausserdem ist der öffentliche Verkehr deutlich sicherer als alle anderen Mobilitätswege und ein gebührenfreier ÖV hat unzählige Vorteile. Wie bereits 2023 muss die SP auch 2027 ein U-Abo fordern, dass maximal 1 Franken kostet, und zwar für alle.</p>	<p>Annehmen</p>

7_A7: Bernhard Bonjour	
Streichung: Seite 14, Zeile 23	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>dass alle Schulhausbauten im Baselbiet modern sind und den heutigen pädagogischen Anforderungen entsprechen.</p> <p>Begründung: Wenn schon so wenig über Bildungspolitik in der Wahlplattform stehen soll, dann kann das nicht Priorität haben. Jede Menge andere Aspekte sind für die Pädagogik viel wichtiger als "moderne" Schulhäuser. Pädagogische Ansprüche erfüllen kann eine Schule auch in uralten Bruchbuden, möglicherweise noch besser: Wenn zum Beispiel die Schüler:innen zusammen mit den Lehrpersonen an ihren Räumen bauen und sie verändern können. Weniger "moderne" Bauten mit weniger Unterrichts-Technologie und Chichi wären eine tolle pädagogische Herausforderung, die Perspektiven öffnet.</p> <p>Wir Sozialdemokraten haben die Tendenz, überall ständig mehr Geld zu verlangen (das wird uns zu Recht vorgeworfen). Wir müssten auch Ideen haben, wo man Gelder einsparen kann (zum Beispiel indem man die unzähligen Evaluationen, Vergleichstests, Checks streicht), um die Mittel anderswo sinnvoller einzusetzen. In Schulhäusern und in ihrer Einrichtung wird zu viel Geld verbraten. Es wäre zum Beispiel in konsequentem Teamteaching viel besser angelegt.</p> <p>In dieser Forderung im Entwurf geht es nur um die Bequemlichkeit der Lehrpersonen. Das kann nicht unser Anspruch sein.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Die Flughöhen der Forderungen in der gesamten Wahlplattform unterscheiden sich.</p> <p>Gewisse Herausforderungen würden wir den Schüler:innen gerne ersparen, zum Beispiel Barrieren, oder Hitze im Sommer und Schule am Samstag.</p>

7_A8: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung: Seite 14, Zeile 23	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>dass alle Schulhausbauten im Baselbiet modern rollstuhlgängig und barrierearm sind und sowie den heutigen pädagogischen und klimatischen Anforderungen entsprechen.</p> <p>Begründung: Schulen müssen barrierearm sein, damit kein Kind in der Bildung benachteiligt wird.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Anmerkung GL: Die Ergänzung um «klimatischen» entnehmen wir dem Antrag 7_A9.</p>

7_A9: Nelly Dambach	
Änderung: Seite 14, Zeile 23	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>dass alle Schulhausbauten im Baselbiet modern sind und den heutigen pädagogischen und klimatischen Anforderungen entsprechen.</p> <p>Begründung: Modern streichen, denn was versteht man genau unter modern? Das ist ein sehr unklarer Begriff.</p> <p>Den klimatischen Bedingungen wird beim Schulraumbau nach wie vor zu wenig Beachtung geschenkt. Es sind aktuell Nachrüstungen von neueren Schulbauten im Gang. Dabei geht es hauptsächlich um Überhitzungen in den Schulzimmern.</p>	<p>Ablehnen zu Gunsten des modifizierten Antrags 7_A8, bei Ablehnung empfiehlt die GL Annahme des Antrags 7_A9.</p> <p>//Antragsstellerin ist einverstanden und zieht 7_A9 zurück, sofern 7_A8 angenommen wird.</p>

7_A10: JUSO – modifizierter Antrag der GL	
Änderung und neue Forderung: Seite 14, Zeile 25	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>eine breite Förderung von Sport insbesondere durch Investitionen in eine funktionierende Infrastruktur für das Sportangebot und Kultur sowie eine attraktive Infrastruktur.</p> <p>eine Kulturförderung, die ein gutes Angebot auf dem Land sichert und Kulturschaffenden einen guten Lohn ermöglicht. Kultur muss für alle Einkommensklassen bezahlbar sein.</p> <p>Begründung: Kultur braucht seinen eigenen Punkt, das muss hier hinzugefügt werden.</p>	<p>Annehmen</p> <p>Begründung: sh. Antrag</p>

7_A11: Florian Schreier	
Ergänzung: Seite 14, Zeile 27	Empfehlung der Geschäftsleitung
den Ausbau der souveränen , digitalen Infrastruktur, damit kantonale Dienste einfacher zugänglich werden. Begründung: Die Abhängigkeit von grossen, mächtigen Digitalkonzernen ist soweit wie möglich zu minimieren. Das sorgt für zuverlässigere Dienste, bessere Sicherheit und tieferen Kosten.	Annehmen

7_A12: SP 60+ - modifizierter Antrag der GL	
Ergänzung: Seite 14, Zeile 27	Empfehlung der Geschäftsleitung
den Ausbau der digitalen Infrastruktur, damit kantonale Dienste einfacher zugänglich werden. Digitale Teilhabe soll gewährleistet werden. Begründung: Den Zugang zur digitalen Infrastruktur können sich nicht alle leisten.	Annehmen Begründung: sh. Antrag

7_A13: JUSO	
Ergänzung: Seite 14, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
dass Freiräume für Jugendliche, wie beispielsweise Jugendzentren, sowie die Jugendarbeit gefördert werden. Begründung: Es fehlt eine Forderung zu Jugendarbeit bzw. Jugendzentren. Es ist jedoch wichtig, dass wir uns als SP auch für die Jugend und deren Freiräume einsetzen.	Annehmen

7_A14: JUSO	
Ergänzung: Seite 14, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>dass die Versorgungsnetze für Strom und Wasser allen dienen, statt den Profitinteressen einiger weniger. Genossenschaften müssen gefördert und der Rest zu kantonalem Service Public werden.</p> <p>Begründung: Das gehört ebenso zum Service Public.</p>	<p>Ablehnen</p> <p>Begründung: Viele Versorgungsnetze sind in den öffentlichen Händen.</p>

7_A15: SP 60+	
Ergänzung: Seite 14, neue Forderung	Empfehlung der Geschäftsleitung
<p>bezahlbare Einrichtungen für betreutes Wohnen im Alter.</p> <p>Begründung: Gute Angebote an betreutem Wohnen im Alter gehören zum Service public.</p>	<p>Annehmen</p>